

Adam Przeworski

Wird der »Osten« zum »Süden«?

Der »Herbst des Volkes« und die Zukunft Osteuropas

Der »Herbst des Volkes« im Jahr 1989 stellt ein klägliches Scheitern der Prognosefähigkeit der politischen Wissenschaft dar. Jede retrospektive Erklärung des Sturzes des Kommunismus muß nicht nur die historischen Entwicklungen begreifen, sondern auch die theoretischen Annahmen kenntlich machen, die uns daran gehindert haben, diese Entwicklungen vorherzusehen. Wenn wir jetzt so schlau sind, warum waren wir es nicht schon vorher?¹

Wie ich jüngst erfahren habe, sterben die meisten unheilbaren Krebspatienten an Lungenentzündung. Die Sozialwissenschaften sind nicht gerade tüchtig, wenn es darum geht, zugrundeliegende Ursachen und auslösende Bedingungen dingfest zu machen; denken Sie etwa an die über 50 Jahre anhaltenden Kontroversen über den Fall der Weimarer Republik. Und die Antwort auf die Frage »Warum ist der Kommunismus zusammengebrochen?« ist eine andere als auf die Frage »Warum ist er im Herbst 1989 zusammengebrochen?« Es ist leichter zu erklären, warum der Kommunismus stürzen mußte als warum er tatsächlich stürzte.

Die Theorie des »Totalitarismus« konnte keine der beiden Fragen beantworten: Sie konnte den Krebs nicht diagnostizieren und daher auch nicht die Anfälligkeit für die Lungenentzündung. Das Totalitarismusmodell war ideologischer als die Gesellschaften, die es als totalitär kennzeichnete. Dieses Modell verneinte die Möglichkeit von Konflikten innerhalb kommunistischer Gesellschaften, weil sie diese auf Dogma und Repression gegründet sah. Doch seit den späten fünfziger Jahren war die Ideologie nicht mehr, mit Gramscis Wort, der »Zement«, der diese Gesellschaften zusammenhielt.

Ich erinnere mich, wie verblüfft ich über die Parole für den ersten Mai 1964 in Polen war: »Der Sozialismus ist die Garantie unserer Grenzen.« Der Sozialismus - das Projekt einer neuen Zukunft - war nicht mehr das Ziel; er wurde zu einem Hebel für traditionelle Werte. Und um die siebziger Jahre war die Repression abgeklungen: Da die kommunistische Führung sich verbürgerlichte, konnte sie nicht länger die erforderliche Selbstdisziplin aufbringen, um allen Dissens niederzuschlagen. Die Parteibürokraten waren nicht mehr fähig, ihre Nächte auf Versammlungen zu verbringen, Uniformen der Arbeiterklasse zu tragen, zu marschieren, Parolen zu brüllen und auf demonstrativen Konsum zu verzichten. Entstanden waren ein »Gulaschkommunismus«, »Kadarismus«, »Breschnewismus«: ein impliziter Gesellschaftsvertrag, in dem die Eliten Aussicht auf materiellen Wohlstand im Tausch für Ruhe anboten. Die unausgesprochene Prämisse dieses

1 Dieser Artikel beruht auf Gedanken, die beim Jahrestreffen der *American Political Science Association* in San Francisco im August 1990 vorgetragen wurden.

Paktes war, daß der Sozialismus nicht mehr das Modell für eine neue Zukunft war, sondern etwas anderes - ein unterentwickeltes Etwas. Schon Chruschtschow setzte der Sowjetunion zum Ziel, Großbritannien einzuholen; mit den siebziger Jahren wurde Westeuropa zum beneidenswerten Vergleichsstandard und die Vergleiche wurden immer demütigender.

Wie Untersuchungen in Polen und Ungarn zeigten, war das Ergebnis eine materialistische, atomistische und zynische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der die Leute Formeln daherredeten, an die sie nicht glaubten und von den sie nicht erwarteten, daß überhaupt jemand an sie glaubte. Das Sprechen wurde zum Ritual. Ein sowjetischer Witz geht mir nicht aus dem Kopf: Ein Mann verteilt Flugblätter auf dem Roten Platz. Er wird von einem Polizisten angehalten, der sie konfisziert, nur um zu sehen, daß die Blätter leer sind. »Was verteilen Sie da? Es steht nichts drauf!« ruft der überraschte Ordnungshüter. »Warum schreiben?« lautet die Antwort. »Alle wissen Bescheid....«

Worte wurden gefährlich, so gefährlich, daß die fünf Armeen, die 1968 in der Tschechoslowakei einmarschierten, als einen der Gründe die »Zweitausend Worte« anführten, eine Streitschrift von Ludvik Vaculik. Und am subversivsten waren die Ideale, die diese gesellschaftliche Ordnung begründeten: Rationalität, Gleichheit, sogar die »Arbeiterklasse«. Schon in den sechziger Jahren zeigten polnische Untersuchungen, daß die Ingenieurstudenten die radikalsten Kritiker der sozialistischen Wirtschaft waren; sie waren es, die vom Wert der Rationalität durchdrungen waren. In den siebziger Jahren setzten polnische Dissidenten eine einfache Strategie ein, um das politische System umzustürzen: Sie beschlossen, die Rechte in Anspruch zu nehmen, die von der kommunistischen Verfassung verkündet wurden. Und die entscheidende Gefahr für dieses System entstand bei jenen, in deren Namen es immer Legitimität beansprucht hatte: der Arbeiterklasse. Die Ideologie wurde zu einer Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung, in der sie sich verkörperte.

Menschen brauchen ein Mindestmaß an kognitiver Konsistenz. Wenn Denken und Sprechen dauernd auseinanderfallen, wird das Leben unerträglich. Deshalb ist der Ruf nach »Wahrheit« bei der Implosion dieses Systems zumindest genauso wichtig geworden wie die Forderung nach Brot, deshalb wurde das Thema Geschichte zur Obsession, als das Regime zu bröckeln begann, deshalb war ein führender Opponent des kommunistischen Regimes in der Sowjetunion der Direktor des Staatsarchivs, deshalb wurden in der Sowjetunion die Geschichtsprüfungen in den höheren Schulen für zwei Jahre ausgesetzt und wurden Schriftsteller und Intellektuelle die Führer der postkommunistischen Regime.

Aber jene von uns, die keinen Grund sahen, zwischen »Autoritarismus« und »Totalitarismus« zu unterscheiden, die den Übergang zur Demokratie in Spanien, Griechenland, Argentinien, Brasilien oder den Philippinen als ein geeignetes Modell für Ungarn, Polen oder die Sowjetunion betrachteten, haben nach den Symptomen der Lungenentzündung gesucht, aber den Krebs nicht diagnostiziert. Wir konnten die Dynamik einmal aufgeflammter Konflikte analysieren, kannten

aber die nicht die Bedingungen, unter denen sie sich entzündend würden. Auch hatten wir nicht begriffen, wie schwach das kommunistische System geworden war, geschweige denn, daß es einfach zusammenbrechen könnte.

Der »Herbst des Volkes« bildet ein einzelnes Ereignis, vielleicht eines und ein halbes. Henry Kissingers »Dominotheorie« triumphierte; falsch lag er nur bei der Richtung, in die die Steine fallen sollten. Was in Rumänien geschah, wurde durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei verursacht; was dann in der Tschechoslowakei folgte, resultierte aus dem Zusammenbruch in Ostdeutschland; was die Massen in Ostdeutschland dazu brachte, auf die Straßen zu strömen, folgte den politischen Veränderungen in Ungarn; was den Ungarn einen Ausweg zeigte, war der Erfolg der Verhandlungen in Polen.

Die offene Rebellion begann 1976 in Polen und flammte zum ersten Mal 1980 auf. Der Staatsstreich des Generals Jaruzelski war der Beweis, daß die Herrschaft der kommunistischen Parteien nicht mehr mit passiver Ergebenheit hingenommen wurde, daß von nun an die Macht auf nackte Repression setzen mußte. Und seit 1981 war es nur die Furcht vor physischer Gewalt, externer und interner, die das System zusammenhielt. Selbst diese Gewalt stellte sich als unzulänglich heraus, als die polnischen Arbeiter im Sommer 1988 erneut zuschlugen, und es ist das Verdienst von Jaruzelski, dies verstanden zu haben. Die Entscheidung, einen Kompromiß mit der Opposition schließen, wurde der polnischen Partei durch das Militär aufgezwungen: Erst als drei Generäle das Treffen des Zentralkomitees im Februar 1989 verließen, verstanden die Parteibürokraten, daß ihre Tage gezählt waren. Die ungarische Partei spaltete sich von der Spitze her, ohne derartigen Druck von unten und ohne daß sie von den Streitkräften dazu gezwungen wurde. Der Erfolg der polnischen Verhandlungen im Frühjahr 1989 wies den Ungarn einen Weg zur friedlichen Übertragung der Macht. Um diese Zeit begannen die Parteibürokraten in beiden Ländern zu erkennen, daß sie, wenn sie schon die politische Macht nicht behalten konnten, diese vielleicht, bevor es zu spät sein würde, in ökonomische Macht »konvertieren« könnten, um Elemer Hankiss' treffenden Ausdruck zu gebrauchen.

Der Funke, der die folgende Ereigniskette auslöste, war die ungarische Entscheidung, ostdeutsche Flüchtlinge nach Westdeutschland weiterziehen zu lassen. Nachdem sie erfahren hatten, daß der Weg über Budapest frei war, versuchten Ostdeutsche es mit Prag. In diesem Moment machte die ostdeutsche Führung einen tödlichen Fehler: Sie stimmte der Ausreise der Flüchtlinge in den Westen zu, beschloß aber, sie zu »demütigen«. Man ließ sie mit dem Zug durch Ostdeutschland fahren, um sie der Verhöhnung durch organisierte Demonstrationen auszusetzen. Doch anstatt die Flüchtlinge zu verdammen, kehrten die Massen die Demonstrationen gegen das Regime, wie sie es später in Bulgarien und Rumänien tun sollten. Der Rest ist bekannt. Mit Hunderttausenden von Menschen auf den Straßen von Leipzig, Dresden und Berlin, mit dem Fall der Mauer, wurde der Druck auf die Tschechoslowakei unaushaltbar, und alles was die bulgarischen Kommunisten tun konnten war den Schaden zu begrenzen.

Die Revolution Gorbatschows in der Sowjetunion spielte offensichtlich eine entscheidende Rolle bei der Entfesselung der Ereignisse in Osteuropa: Sie war das eine auslösende Ereignis, die Lungenentzündung. Aber diese Platitüde führt leicht zu Verwirrungen.

Die Drohung einer sowjetischen Intervention, in die Gedächtnisse eingebrannt durch die Erinnerungen an Ungarn 1956 und die Tschechoslowakei 1968, war die Begrenzung für innere Entwicklungen in Osteuropa. Aber sie war nur dies: eine Grenze, ein Damm gegen den Druck der Ströme. Als dieser Damm brach, waren es die aufgepeitschten Wassermassen, die seine Reste überfluteten. Die Grenze war von außen auferlegt, aber der Stoß kam von innen. Aus diesem Grund macht der »sowjetische Faktor« die Anwendung lateinamerikanischer Modelle auf Osteuropa nicht wertlos.

Weiterhin war die Revolution Gorbatschows keine historische Zufälligkeit. Die Sowjetunion war - im nachhinein ist dies offensichtlich - nicht von dem Druck ausgenommen, der das System in Osteuropa zerbrach. Unfähig, dissidente Stimmen zum Schweigen zu bringen, nicht in der Lage, die eigenen Leute zu ernähren, ohnmächtig gegen ein Gemisch von Stämmen in den Bergen Afghanistans, träge im internationalen technologischen Wettbewerb: War dies nicht schon die Sowjetunion von 1984? Und hätten wir diese Liste aufgestellt, wären wir nicht zum Schluß gekommen, daß kein solches System dauern könne?

Hätte die Sowjetunion 1981 in Polen einmarschieren können? Hätte sie ihr Reich aufrechterhalten können? Meiner Ansicht nach waren die Veränderungen in der Sowjetunion, die Verschiebung der strategischen Haltung gegenüber Osteuropa eingeschlossen, weitgehend endogen; sie wurden durch die Entwicklungen in Osteuropa herbeigeführt, durch die wachsenden politischen und ökonomischen Kosten der Aufrechterhaltung des Reiches.

Alle, nicht nur Marxisten, haben immer geglaubt, daß politischer Wandel dieser Größenordnung nur gewaltförmig sein könne. Doch abgesehen von Rumänien und den nationalistischen Flammenherden in der Sowjetunion und Jugoslawien wurde in dieser Revolution keine einzige Person getötet. Warum?

Die Gründe, warum das System so schnell und so geräuschlos kollabierte, finden sich sowohl auf dem Feld der Ideologie wie im Bereich der physischen Gewaltverhältnisse. Für mich ist der verblüffendste Aspekt dieses Zusammenbruchs, daß die Parteibürokraten nichts zur Verteidigung ihrer Macht zu sagen hatten. Sie waren einfach stumm: Sie sprachen nicht über Sozialismus, Fortschritt, Zukunft, Wohlstand, Rationalität, Gleichheit, die Arbeiterklasse. Sie kalkulierten nur, wieviel Tausend Leute sie zusammenschlagen konnten, falls sie weitermachen, wieviele Ministerposten sie aufgeben mußten, falls sie einen Kompromiß eingingen, wieviele Posten sie halten konnten, falls sie aufgeben würden. Um 1989 glaubten die Parteibürokraten ihren eigenen Worten nicht mehr. Und um zu schießen, muß man an etwas glauben: Wenn jene, die den Finger am Abzug haben, absolut nichts zu sagen haben, haben sie keine Kraft, abzudrücken.

Hinzu kommt, daß sie die Gewehre gar nicht hatten. In keinem Land kam die

Armee, im Unterschied zur Polizei, zur Rettung. In Polen führten die Streitkräfte die Reformen an; in allen anderen Ländern, Rumänien eingeschlossen, weigerten sie sich, als Unterdrücker aufzutreten. Ich habe eine recht zynische Auffassung, was den Grund für diese Haltung anbelangt, obwohl ich zugebe, daß patriotische Motive vielleicht eine Rolle spielten. Durch die lateinamerikanische Erfahrung erzogen, scheint mir die kanonische Phrase der Generäle in ganz Osteuropas unheilverkündend. Wenn die Militärs verkünden, daß »die Armee nicht einer politischen Partei, sondern der Nation dient«, sehe ich sie nach der Möglichkeit greifen, sich von ziviler Kontrolle zu befreien, sich zum Richter über das nationale Schicksal aufzuschwingen. Jedenfalls, ob ich nun richtig oder falsch liege, kontrollierten die Parteibürokraten nicht die Gewehre. Ich kann mich nicht davon abbringen, immer wieder einen polnischen Witz zu erzählen, der im Kern die ganze Geschichte enthält: Ein älterer Mann macht sich auf, Fleisch zu kaufen. Schon hat sich eine lange Schlange gebildet, die Leute warten darauf, daß das Fleisch kommt. Die Lieferung kommt nicht; die Leute werden ungeduldig. Der Mann beginnt zu fluchen: auf den Führer, die Partei, das System. Ein anderer Mann kommt auf ihn zu, zeigt auf seinen Kopf und sagt: »Du weißt, Genosse, wenn du in den alten Zeiten sowas gesagt hättest, hätte es einfach »Paff« gemacht und es wäre mit uns aus gewesen.« Der alte Mann geht mit leeren Händen nach Hause. Seine Frau fragt: »Haben sie kein Fleisch mehr?« »Schlimmer noch« sagt der Mann, »sie haben keine Kugeln mehr.«

Was war das, was in Osteuropa zusammenbrach? »Der Kommunismus« ist eine neutrale Antwort auf diese Frage, da er eine Bezeichnung ist, zu der sich niemand mehr bekennt. Aber war es nicht der »Sozialismus«? Viele von uns, die glauben, daß es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, behaupten, daß das System, das in Osteuropa gescheitert ist, vielleicht »Stalinismus«, »Etatismus«, »Bürokratie« oder »Kommunismus« war, aber kein »Sozialismus«. Doch fürchte ich, daß die historische Lektion radikaler ist, daß in Osteuropa schon alleine die Idee einer rationalen Verwaltung von Sachen zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse gestorben ist - die Möglichkeit überhaupt, das Gemeineigentum an produktiven Ressourcen mittels eines zentralisierten Kommandos umzusetzen, das Projekt, eine Gesellschaft auf uneigennützig kooperativ zu gründen; die Möglichkeit überhaupt, den Beitrag des Individuums zur Gesellschaft von seinem eigenem Gewinn abzukoppeln. Wenn die einzigen Ideen zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung heute von der Rechten herkommen, dann deshalb, weil das sozialistische Projekt - das Projekt, das zwischen 1848 und 1891 in Westeuropa geschmiedet wurde und seither soziale Bewegungen überall auf der Welt inspiriert hat - in Ost und West gescheitert ist. Sicher, die Werte der politischen Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit leiten weiterhin Sozialdemokraten wie mich, aber Sozialdemokratie ist ein Programm zur Linderung der Auswirkungen des Privateigentums, kein alternatives Gesellschaftsprojekt.

Im Augenblick sind mehrere Länder in Osteuropa, wieder unter Führung Polens, dabei, sich in das größte historische Experiment seit der stalinistischen Zwangsindustrialisierung von 1929 zu stürzen. Obwohl die vorherrschende Stimmung durch Adenauers Diktum »keine Experimente« wiedergegeben wird, spiegeln die wirtschaftlichen Transformationen, die diese Länder in Angriff nehmen, ironischerweise das kommunistische Projekt. Sie setzen einen Plan von Intellektuellen um, eine Blaupause, die zwischen den Mauern der amerikanischen Akademien entworfen und durch internationale Finanzinstitutionen geformt wurde. Die Vorhaben sind radikal, sie zielen darauf ab, alle vorhandenen gesellschaftlichen Beziehungen über den Haufen zu werfen. Und sie bieten ein einziges Heilmittel, einen Zauberstab, der, einmal geschwungen, alle Krankheiten kurieren werde. Ersetzen Sie »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« durch »Privateigentum« und »Plan« durch »Markt«, und Sie können die Struktur der Ideologie intakt lassen. Vielleicht sind Revolutionen durch eben die Systeme geprägt, gegen die sie sich richten?

Was bedeutet all das für die Zukunft Osteuropas? Ich sehe drei Wege, die osteuropäische Gesellschaften einschlagen können: ihren eigenen, den Südeuropas oder den Lateinamerikas und anderer Länder des kapitalistischen Südens. Um diese Frage werden sich die künftigen Diskussionen in Osteuropa drehen: Welcher dieser drei Wege ist der wahrscheinlichste?

Die Linke, in Osteuropa fast nicht vorhanden, sieht in diesen Ländern eine historische Chance, das zu verwirklichen, was einmal als der »dritte« Weg bezeichnet wurde und was heute der »zweite« Weg genannt werden sollte: Eine Chance für die Entwicklung eines Gesellschaftssystems alternativ zum Kapitalismus wie zum Kommunismus. Dieses System wäre der »demokratische Marktsozialismus«: Demokratie im politischen Bereich und eine Ökonomie, die einen ausgedehnten kooperativen Sektor mit der Allokation über Märkte verknüpft. Obwohl Blaupausen für dieses System politische Diskussionen in der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen anregen, glaube ich, daß, falls sich ein solches System entwickeln sollte, dies auf ein Scheitern zurückzuführen wäre: Die Pläne, den gesamten staatlichen Sektor an Privateigentümer zu verkaufen, sind bei dem niedrigen Niveau der einheimischen Ersparnisse und den Ängsten vor ausländischer Vorherrschaft einfach unrealistisch. Von daher könnten eine große Zahl von Firmen entweder in staatlicher Hand bleiben oder, mangels privater Käufer, den Beschäftigten übertragen werden. Ob diese Eigentumsstruktur tiefgreifende Konsequenzen für die Unternehmensleistung, für die Rolle der Arbeitskräfte im Betrieb, für deren politische Organisation außerhalb der Firma und für die politischen Institutionen haben würde, ist im Augenblick Gegenstand scholastischer Auseinandersetzungen. Ich bleibe skeptisch.

Welcher Mix an Eigentumsformen auch immer sich herausbilden mag, der Weg, den die neuen Eliten und die Völker Osteuropas einschlagen wollen, ist der nach Europa. Das optimistische Szenario wäre, dem Weg Spaniens zu folgen. Seit 1976, innerhalb von 14 Jahren, ist es Spanien gelungen, demokratische Institu-

tionen zu festigen und damit friedliche Machtwechsel zu ermöglichen; es ist gelungen, die Wirtschaft zu modernisieren und sie international konkurrenzfähig zu machen, das Militär ziviler Kontrolle zu unterwerfen, die komplizierten nationalen Fragen zu klären und einen kulturellen Wandel auszulösen, der Spanien zu einem Teil der europäischen Völkergemeinschaft machte. Und es ist genau dies, was alle in Osteuropa erwarten. Osteuropäer sind zutiefst davon überzeugt, daß ihre Länder ohne »das System« wie Spanien gewesen wären.

Aber Spanien ist ein Wunder: eines unter einer Handvoll Länder, die seit dem Zweiten Weltkrieg der Ökonomie, der Politik und der Kultur des Armutskapitalismus entkommen sind. Portugal hat mit dieser Leistung nicht ganz gleichgezogen; Griechenland hat tiefgreifende wirtschaftliche Probleme und eine unsichere politische Lage. Und zu beachten ist der Fall der Türkei, die versuchte, die ökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen zu schaffen, die sie nach Europa gebracht hätte - und scheiterte.

Ohne »das System« wären wir wie der Westen gewesen: Dies ist die Prämisse des osteuropäischen Syllogismus. Aber es gibt viele Länder auf der ganzen Welt, die nie kommunistische Herrschaft erlebt haben und dennoch dem »Süden« verhaftet bleiben: 60% der Weltbevölkerung lebt in Ländern, die kapitalistisch und arm sind und in Abständen von Ausbrüchen organisierter Gewalt beherrscht werden. Armut, Ungleichheit, Ineffizienz, Repression und ausländische Vorherrschaft bilden die Alltagserfahrung von Milliarden Menschen, für die der »Westen« der »Norden« bleibt.

Welche Gewähr haben wir von daher, den Syllogismus zu vervollständigen, zu glauben, daß jetzt, da »das System« weg ist, Osteuropa seinen Weg in Richtung »Demokratie, Marktwirtschaft und Europa«, zum »Westen« finden wird?

Die Geographie ist der Hauptgrund. Es gibt im Europa von heute keinen Platz für nichtdemokratische Politik: Demokratische Institutionen sind ein *sine qua non* für jedes Land, das bestrebt ist, ein Mitglied dieser Gemeinschaft zu werden. Ob die geographische Lage auch Investitionsströme anziehen wird, ist schon eine offene Frage: bisher hat sie es nicht. Und wenn nicht, sehe ich keine Gründe, warum die Zukunft Bulgariens, Ungarns oder Polens sich von der Argentinien, Brasiliens oder Chiles unterscheiden sollte.

Osteuropäer neigen dazu, Lateinamerika mit überlegener Miene zu betrachten. Sie blicken über den Ozean auf ein Land der Militärputsche, Oligarchien von Großgrundbesitzern, populistischen Bewegungen, Dschungel und Strände: exotisch, vielleicht attraktiv, aber unzivilisiert. Und sie verorten sich selbst am Ursprung der höchsten, der europäischen Kultur. Sie vergessen ihre eigenen Militärputsche, ihre eigenen Landoligarchien, ihre eigenen populistischen Bewegungen, ihren eigenen Nationalismus und ihre Xenophobie. Doch kenne ich nicht wenige polnische Dörfer, in denen sich Gabriel Garcia Marquez sofort zu Hause fühlen würde; ich höre die Lockungen des Tangos für das polnische Ohr; ich habe das Gewicht von Hunderttausenden auf meinen Schultern verspürt, die mich auf die Knie drückten vor der Statue der heiligen Jungfrau Maria, vor der

Königin von Czestochowa und der *Tiranita* von Santiago del Estero. Und können Sie sich ein westeuropäisches Parlament vorstellen, das sich angesichts einer Tagesordnung mit mehreren grundlegenden wirtschaftlichen Gesetzesvorhaben in eine Debatte über die Frage stürzen würde, ob die Krone des Adlers auf dem Wappen mit einem Kreuz versehen werden sollte?

Vergessen Sie einen Moment lang die geographische Lage und setzen Sie Polen an die Stelle von Argentinien, Ungarn an die Stelle von Uruguay. Sie werden schwache Staaten sehen, desgleichen Organisationen, politische Parteien und andere Verbände, die unwirksam repräsentieren und mobilisieren, monopolistische Ökonomien, die überprotektioniert und überreguliert sind, Landwirtschaften, die ihre eigenen Leute nicht ernähren können, aufgeblähte staatliche Bürokratien, fragmentarische und rudimentäre Wohlfahrtseinrichtungen. Und würden Sie nicht schließen, daß solche Bedingungen Regierungen ausbrüten, die den Pressionen großer Unternehmen ausgesetzt sind, populistische Bewegungen mit zweifelhafter Bindung an demokratische Institutionen, Streitkräfte, die drohend am Rande stehen, Kirchenhierarchien, die zwischen Autoritarismus und sozialer Gerechtigkeit hin- und hergerissen sind, nationalistische Gefühlswelten, die für Fremdenfeindlichkeit anfällig sind?

Nichts von dem Genannten zwingt zu dem Schluß, daß die Zukunft Osteuropas festgeschrieben ist oder daß Lateinamerika zum Scheitern verurteilt ist.

Erstens sind die Wege zu Wohlstand und Demokratie nicht abgeschnitten: Spanien, Portugal und Griechenland sind erfolgreich der Armut und dem Autoritarismus entronnen und vielleicht machen Südkorea, selbst Taiwan und Thailand ihren Weg. Ein solches Gelingen mag äußerst selten sein, aber es ist möglich.

Zweitens sind die Bedingungen in den einzelnen Ländern nicht gleich: Chile hat die Last ökonomischer Umwälzungen unter autoritärer Herrschaft getragen, während Brasilien immer noch mit einer schlechter werdenden Wirtschaftslage konfrontiert ist. Die Tschechoslowakei hat fast keine Auslandsschulden, während Ungarn durch sie gelähmt ist; Uruguay scheint seine Probleme mit dem Militär gelöst zu haben, während Argentinien weiterhin mit der Angst vor einem Putsch lebt; Ungarn hat schon ein Parteiensystem und legitime Institutionen, während Rumänien noch keins von beidem hat. Die Geographie, was auch immer sie festlegen mag, reicht nicht hin, um die ökonomischen und politischen Zukunftsaussichten zu formen.

Was ich allerdings glaube ist, daß die Fragen, die sich im heutigen Osteuropa stellen, die klassischen Fragen zur Ökonomie, Politik und Kultur des Armutskapitalismus sind. Diese Fragen verweisen uns zurück auf die andauernde Problematik von Demokratie und Entwicklung. Wir müssen immer noch die vier klassischen Fragen beantworten, die unsere Forschungsarbeit seit mindestens zwei Jahrzehnten anleiten:

1. Welche Formen demokratischer Institutionen werden am wahrscheinlichsten überdauern?
2. Welche Formen ökonomischer Systeme - besonders Eigentumsformen, Allokationsmechanismen und Entwicklungsstrategien - erzeugen am wahrscheinlichsten Wachstum mit einer humanen Verteilung des Wohlstands?
3. Welches sind die politischen Bedingungen für ein erfolgreiches Funktionieren des ökonomischen Systems, für Wachstum mit materieller Sicherheit aller?
4. Welches sind die ökonomischen Bedingungen für die Festigung der Demokratie in dem Sinne, daß Gruppen sich ohne Furcht und in geregelter Rahmen organisieren und ihre Interessen verfolgen können?

Dies sind keine neuen Fragen. Aber neu ist heute, daß sie sich Osteuropa ebenso wie Afrika und Lateinamerika stellen: Der »Osten« ist der »Süden« geworden.

Übersetzung: Klaus Fritz